

Bezugspreis:

Wochenschrift, 2.-Mk. monatlich, 1.-Mk. ...

Erlegungsadresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 28. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Augenblick der Unterzeichnung.

Wenn diese Zeilen die Druckpresse verlassen, dann geht in Versailles der historische Akt der Friedensunterzeichnung vor sich.

Wir wissen, daß der Frieden, der eben unterzeichnet wird, nicht die dauernde und endgültige Gestaltung der Welt bedeutet.

Wir träumen nicht von einer blutigen Revanche wie die alldeutschen Narren, die nun ihre „Gerechtigkeit“ am eigenen Leibe erleben.

Ratifikation des Friedensvertrags.

Blokade bleibt vorläufig noch bestehen.

London, 27. Juni. Reuter erfährt: Der Friedensvertrag wird vor Ablauf eines bestimmten Zeitraumes wahrscheinlich drei bis vier Wochen, nicht in Westminster.

Unsere Unterzeichnungsdelegation in Versailles angekommen.

Verailles, 28. Juni. Müller und Dr. Sell und Besolge sind Sonnabend früh 8 Uhr im Sonderzuge in Saint Omer eingetroffen.

Die Zurückziehung der Truppen aus Hamburg.

Keine gewaltsame Entwaffnung von Reichstruppen.

Hamburg, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Von Augenzeugen wird dem „Hamburger Echo“ mitgeteilt, daß die Reichswehrtruppen nicht von der Volksmenge entwaffnet wurden.

Grenze bei den militärischen Instanzen zu erreichen. Nach einer längeren Aussprache erklärte der Kommandeur, daß er die Vorlegungen der Abordnung an seine vorgeordnete militärische Stelle in Schwerin berichten und bis 8 Uhr



Die bis jetzt in Hamburg eingerückten Truppen gehören, wie wir erfahren, nicht dem Stabs Regiments-Borbeck, sondern dem 2. Armeekorps an.

In Paris sind Unruhen gleicher Art wie in Hamburg ausgebrochen. Auch dort sollen die Regierungstruppen mit aller Energie vorgehen.

Hamburg noch nicht besetzt.

Hamburg, 27. Juni. In einem Bericht der Presse-Abteilung des Korps Lettow-Borbeck heißt es: Gestern Abend beschloßen die Unabhängigen, einem Einzug der Truppen keinen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Opfer.

Hamburg, 27. Juni. Die Zahl der Opfer der Kämpfe in Hamburg ist auf 54 gestiegen. Von der Freiwilligentruppe Wahrenfeld werden weitere 10 Mann vermißt.

Die englische Arbeiterschaft gegen den Gewaltfrieden.

Für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Verailles, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei der gestrigen Tagung der englischen Arbeiterpartei in Southport wurde mit allen gegen eine Stimme die Resolution Ramsay MacDonalds angenommen.

Kongress der englischen Arbeiterpartei.

Gegen die Intervention in Rußland.

Osag, 28. Juni. (S. R.) Am 27. Juni morgens ist in Southport der Kongress der englischen Arbeiterpartei wieder aufgenommen worden. Henderson stellte mit, daß in einer Sitzung der britischen, französischen und italienischen Arbeiter der Beschluß gefaßt worden ist, am 30. und 31. Juli eine allgemeine Demonstration gegen die Intervention der Alliierten in Rußland abzuhalten.

Für wen kämpft der Eisenbahnminister?

Wenn die Eisenbahner streiken, so liegt natürlich die Schuld ungeheuer einfach. Die Arbeiter sind die ausgebeuteten und ausgepreßten Lohnsklaven, der Eisenbahnminister dagegen ist der Vertreter des hartberzigsten und ausbeuterischen Kapitalismus.

Aber halt! Bei dieser Überlegung stoßen wir unversehens auf einen kleinen Einwand. Wohin kommen eigentlich die Milliarden an Mehrwert, die den unglücklichen Eisenbahner ausgepreßt werden?

Aber so ist der Eisenbahnminister vielleicht der Sachwalter hinter ihm stehender kapitalistischer Ausbeuter?

Also sind wir in unserer Gesamtheit die Ausbeuter der Eisenbahner? Vielleicht ist das früher einmal der Fall gewesen, vor dem Kriege, als die Eisenbahn noch Überschüsse abwarf.

Aber leider wirkt ja die Eisenbahn gar keine Überschüsse mehr ab, sondern sie macht in diesem Jahr ein Defizit von ohnehin dreitausend bis viertausend Millionen Mark, d. h. ein Defizit, das beinahe doppelt so groß ist, als vor dem Kriege die Gesamtausgaben des Deutschen Reichs.

Aber wenn kein Ausbeuter da ist, warum wird da nicht munter bewilligt? Um so besser, wenn kein Profit dabei geschmälert wird.

Aber steigert man doch die Einnahmen! So macht es jeder Fabrikant. Natürlich kann das geschehen. Nur ist, um auf die jetzt geforderte Summe zu kommen, eine Steigerung der Tarife um das Vielfache nötig.

haben die viel größere Rolle. Die Früchte aller Güter müßten also ebenfalls um das Mehrfache verteuert werden, ganz besonders auch die Früchte für Lebensmittel, Rohstoffe usw. Natürlich würden sich diese verdreifachten Früchte ganz enorm auf die Preise legen. Die Wirkung der Vermögenssteuer wäre also einer ungeheueren indirekten Steuer auf Lebensmittel, wichtige Verbrauchsgüter und auf dem Verkehr gleich und zwar in der Gesamthöhe von mehr als drei Milliarden Mark, die gerade von den breiten Massen der Bevölkerung aufzubringen wären. Noch größere Teuerung, noch größere Not der Massen wäre die Folge und nur einig Sonderausgaben hätten einen Extravorteil davon.

Das ist es, was gegen den Eisenbahnminister kämpft. Er will diese kolossale indirekte Steuer von drei Milliarden Mark von der Bevölkerung abwägen. Und er tut das auf die denkbar vernünftigste Weise, er sucht einen Ausweg, der nicht alle 1200er, sondern nur die aller Billigsten trifft. Durch eine gezielte staatliche Maßnahme, wie sie nur in einem sozialistisch-demokratischen Staatssystem möglich ist, sollen die Preise aller Lebensmittel für die gesamte Bevölkerung um ein Erhebliches vermindert werden. Die Minderung soll so groß sein, daß die fünfköpfige Familie in der Woche 20 M., im Monat 140 M. an den Preisen der rationierten Nahrungsmittel erspart. Damit ist nicht nur der Bevölkerung, sondern auch den Eisenbahnern im weitesten Maße geholfen. Natürlich kosten diese Maßnahmen auch sehr großes Geld, aber dieses Geld wird jetzt viel besser und gesünder umgewandelt: Es dient nicht dazu, nur einen einzelnen Verbrauchsposten auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile zuzuführen, die zu einer weiteren allgemeinen Steigerung der Teuerung führen, sondern es dient dazu, um gleichmäßig für alle die Teuerung abzubauen.

Dafür kämpft der Eisenbahnminister! Und dieser Schritt bedeutet den ersten großzügigen Versuch, um aus dem furchtbaren Dilemma herauszukommen, in dem wir uns seit Monaten bewegen. Bisher hieß es: Steigen der Preis, deshalb höhere Löhne! Dann neues Steigen der Preise, also noch höhere Löhne! Und so fort ins Endlose. Jetzt endlich heißt es zum erstenmal: Abbau der Preise. Wenn dieser Abbau durchgeführt wird, dann kann für die Arbeiter endlich das Metalleben der Löhne aufhören, das nun schon seit Jahr und Tag andauert und bei dem doch — wie alle Verantwortlichen vorausgesetzt haben — nicht das Geringste für die Arbeiterchaft herausgekommen ist. Es ist alles in demselben und noch höheren Maße teurer geworden, wie die Löhne stiegen.

Wenn jetzt der umgekehrte Weg gegangen wird, dann muß sich freilich auch die Arbeiterchaft innerlich auf diesen neuen Vorgang einstellen. Jetzt wird die neue Lohnpolitik grundsätzlich gemacht. Und doch ist der neue Weg der wirklich sozialistische, der wirklich solidarische: Nicht Verteilung von Einzelgruppen auf Kosten der zurückbleibenden Allgemeinheit, sondern bessere Verhältnisse für alle und die Löhne.

Der Streik der Eisenbahner.

Der Zustand der Eisenbahnen hat heute noch eine weitere Verschärfung erfahren. So sind auf dem Bahnhof Bismarck-Hafen, der namentlich als Verteilungsbahnhof für Lebensmittel und Kohlen für Berlin gilt, die Arbeiter in den Streit geraten. Es hat sich dabei die Hoffnung, daß die von der Regierung gemachten Zugeständnisse bezüglich der Eisenbahner wirklich wirksam, zunächst nicht erfüllt. Im Laufe des heutigen Tages sollen in allen Berliner Eisenbahnbereichen, in den Werkstätten usw. Besprechungen darüber stattfinden, ob man sich mit der Forderung der Regierung begnügen und die Arbeit wieder aufnehmen soll. Kommunistische Kreise sind gegenwärtig am Werk, eine Ablehnung der Weberaufgabe des Vorstehers durchzuführen. Am heutigen Morgen sind Zehntausende von Arbeitern verteilt worden, in denen von diesem letzten Versuch des kapitalistischen Systems, das Sozialrecht in die alte Anarchie zurückzuführen, gesprochen wird und in denen wie in allen anderen eine Besserung der Verhältnisse lediglich von der Ergebung der Regierung durch das Härtestem erwartet wird. Die Eisenbahnerverbände bemühen sich in ausdrücklicher Weise, einen Ausweg in der Stimmung hervorzuheben. Es ist aber im Augenblick noch zweifelhaft, ob die Vermittlung durchgingen wird. Heute nachmittag werden die Funktionen in getrennten Emissionen zusammenzutreten, um über weitere Maßnahmen beschließen zu können. Sollten die Bestimmungen heute eine Besserung des Streiks bringen, wird die Regierung sofort wieder zusammenzutreten, um sich über weitere Schritte klar zu werden.

Die Breslauer Eisenbahner gegen den Streik.

In Breslau ergab eine Abstimmung, daß sich 10.000 Eisenbahner gegen und nur 2 für den Streik erklärten.

Der Verkehr auf den Bahnhöfen.

Auf den Berliner Fernbahnhöfen macht sich der Streik immer mehr bemerkbar. Gerade in diesen Tagen fehlt die Hälfte der Fernverkehrszüge ein und so werden die amtlichen Ausfahrtsstellen wie auch die Bahnhöfe selbst von Zugenden überflutet, die sichere Auskunft verlangen, ob und wann ihnen Reisemöglichkeit geboten wird. Die gestrigen Verhandlungen hatten bei vielen Reisenden die Hoffnung erweckt, daß am heutigen Morgen der Verkehr bereits wieder in normaler Weise einsehen würde. Infolgedessen fehlte heute morgen bereits ein Massenstrom auf den Bahnhöfen ein. Um so größer war die Enttäuschung, als die dienstenden Beamten nur die Auskunft geben konnten, daß vollständig von einem abendunabhängigen Verkehr noch keine Rede sei, sondern daß nach wie vor alle mit großen Schwierigkeiten abgefertigt werden könnten. In regelmäßigen Abständen arbeiten der Anhalter- und Potsdamer Bahnhof. Auch vom Stettiner Bahnhof werden noch eine größere Anzahl von Zügen abgefertigt. Der Hauptverkehr ist jedoch so unregelmäßig, daß man sich von einer vollkommenen Besserung nicht rechnen kann. Wie weit sich der Verkehr auf den Fernbahnhöfen noch aufrechterhalten läßt, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Sollte eine Einigung heute noch zustande kommen, dürfte bereits im Laufe des morgigen Tages mit einer wesentlichen Besserung des Verkehrs zu rechnen sein, wenn auch natürlich ein kompletter Verkehr sich nicht sofort ermöglichen läßt.

Störung der Lebensmittelbeförderung.

Berlin, 28. Juni. Die von ausländischer Seite mitgeteilt wird, hat der Streik der Eisenbahner leider schon eine Störung der Lebensmittelbeförderung hervorgerufen. Einmal ist die Beförderung der Milchmengen erschwert, vor allem aber die

Zufuhr und Bereitstellung von Kartoffelwagen auf dem Güterbahnhof behindert worden, obwohl die Vertretung der Arbeiterorganisationen und die anderen in Betracht kommenden Stellen von jeher auf das entschiedenste den Standpunkt vertreten haben, daß die Lebensmittelzufuhr durch einen Streik auf keinen Fall beeinträchtigt werden darf. Es muß daher an die Beteiligten die dringende Mahnung gerichtet werden, umgünstig und mit allen Kräften dafür Sorge zu tragen, daß jede Störung in der Lebensmittelzufuhr und dadurch auch jede Gefährdung in der Lebensmittelversorgung unterbleibt.

Die Spitzellegende.

Unwahre Behauptungen.

Uns wird geschrieben: Mit weichen unläuterer Mitteln der Arbeiterchaft das Märchen von der Spitzelarbeit bei den letzten Wahlen gebracht werden soll, zeigt die Rede des Volkstagsmitgliedes Kälzahn (H. S. P. D.) in der letzten Sitzung der Volksversammlung der Arbeiterräte. Kälzahn behauptete hirt, nach dem „Vorwärts“ vom 27. Juni, daß die in Reutlingen wegen Plünderns festgenommenen Personen nicht in Reutlingen wohnen, und sich überhaupt geweigert hätten, ihre Wohnung anzugeben. Daraus ersehe man klar, daß es Spitzel seien.

Diese Behauptung ist absolut unrichtig. Von den neun in Reutlingen festgenommenen Personen wohnen sechs in Reutlingen, zwei in Berlin und eine in Reintendorf. (Dies ergibt auch eine der Zuchricht beigelegte Liste mit genauen Namen und Adressen der Festgenommenen.) Die Behauptungen des Volkstagsmitgliedes Kälzahn sind, wenn nicht wider besseres Wissen, so doch zum mindesten grob fahrlässig aufgestellt. Eine einfache Anfrage beim Reutlinger Polizeipräsidenten hätte ihn von der Falschheit seiner Behauptungen überzeugen müssen. Es handelt sich fast durchweg um junge Leute, die sich arbeitslos in der Stadt herumtrieben.

Verrückte Verbrecher.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt in Niesenlettern an der Spitze ihres Blattes folgenden Aufsatz:

Mit diesem wilden Rachegeheiß werden die Alldeutschen nicht die Lasten aus der Welt schaffen, daß sie es sind, die Deutschland in irrender Weise in den Abgrund hineingeritten haben.

Wie wir erkennen, ist die „Deutsche Zeitung“ verboten worden.

Winnig verwalte Ostpreußen.

Berlin, 28. Juni. Mit der vertretungswissen Bewaltung der Gehalts des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ist der Reichs- und Staatskommissar Winnig beauftragt worden.

Der Prozeß gegen die Mörder v. Klübers.

Salle, 28. Juni.

Zu Beginn der Verhandlung wurden die Auslagen über den Schutz Richters von der Anwaltschaft eingehend geprüft. Richter gesteht selber, daß er in das Wasser getroffen habe. Ein Zeuge sagt aus, er habe den Eindruck gehabt, daß der Schutz den schwimmenden Oberleutnant treffen konnte, daß er jedoch nicht feststellen konnte, ob die Kugel den Körper des Offiziers getroffen habe. Sodann wird die Beweisaufnahme darüber abgeschlossen, ob General noch lebend und sich aus seiner verletzten Oberleutnant ins Wasser zurückgehoben oder ob er mit dem Leichnam zurückgehoben hat. Die Aussagen der Zeugen sind widersprechend. Drei Zeugen bekunden bekennen, den Angeklagten beim Hinunterwerfen des noch lebenden Oberleutnant erkannt zu haben. Es ist auffällig, daß die im Hause des General wohnenden Zeugen nicht nachlässig über den Angeklagten aussagen, oder frühere beistehende Aussagen zurückziehen. In der Radmittagspause wurden die Zeugen vernommen, die über den letzten tödlichen Schuß etwas auszusagen können. Schon die Angaben, in welcher Stellung v. Klüber den letzten Schuß erhielt, sind widersprechend. Die meisten Zeugen sprechen sich dahin aus, daß v. Klüber sich mühsam aus dem Wasser gehoben habe und erstens auf den Boden niedergelassen sei. Dann hätten ihn mehrere Leute, darunter auch General, wieder in den Fluß getrieben, so daß er mit dem Oberkörper aus dem Wasser ragte. Währenddessen lief ein Soldat von anderen Ufern mit festgemachtem Geißel über die Brücke und schob aus nächster Entfernung dem halblosen Oberleutnant, der mit der rechten Hand winkte, als wolle er noch etwas sagen, mit den Worten: „Nun ist es zu spät!“ durch den Fluß. Der Vorstehende versuchte aufs eingehendste zu ermitteln, ob Richter als Zeuge in Frage kommt. Die Aussagen sind äußerst widersprechend. Außer von einem Angeklagten und einem Zeugen ist die Version Klübers von seinem der anwesenden Zeugen auf der fraglichen Seite der Seele erkannt worden. Doch stimmen die meisten Angaben über die Uniform des Täters mit der Meldung Richters überein. Ohne daß die Beweisaufnahme gegen den eigentlichen Mörder abgeschlossen werden konnte, wurde jedoch die Sitzung vertagt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß vor Dienstag mit der Verhandlung des Urteils nicht zu rechnen sei.

Die Streitwelle in Frankreich.

Vorbereitung einer allgemeinen Postangestelltenbewegung

„Populaire“ berichtet, daß die streikenden Angestellten und Beamten des Pariser Haupttelegraphenamtes heute vormittag die Arbeit wieder aufgenommen haben, nachdem sie in einer Sitzung beschlossen hatten, von einer vereinzelten Bewegung abzugehen und eine allgemeine Bewegung sämtlicher Postangestellten vorzubereiten.

Austritt der französischen Sozialisten aus dem Friedensausfluß.

Verfaßtes, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der französischen Kammer fand gestern die Reumütigkeit des Friedensausflußes statt, weil die Reaktionsären gegen die Ernennung von Longuet und Raveras in den Friedensausfluß protestierten hatten. Bei der Abstimmung ergaben Longuet und Raveras nicht genügend Stimmen. Daraufhin traten sämtliche sozialistischen Abgeordneten aus dem Friedensausfluß aus.

Die Verluste Frankreichs.

Paris, den 28. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Die amtlichen Listen der Verluste, die Frankreich im Kriege erlitten hat, sind nunmehr bekannt. Die Zahl der Toten und Vermissten, ohne die 67.000 Eingeborenen beträgt 1.288.000 Mann, die Anzahl der Verwundeten, ohne die Leichterwundenen beläuft sich auf 2.600.000 Mann. Die Schlachtfelder der Verluste ist demnach 3.848.000 Mann. Darin sind die Verluste der Kolonien nicht einbezogen. Unter Einberechnung der Verluste der reinfranzösischen Bevölkerung von Algerien, Tunis und Marokko stellen sie sich auf 9,33 Proz. der Bevölkerung.

Die amerikanischen Verluste bei der Ardennen-Offensive betragen 120.000 Mann. Die Gesamtzahl der Toten beträgt 112.424 Mann.

Eine Note Heniels.

Immunität für unsere ganze Friedensdelegation.

Berichtet durch die Verhaftung Heniels und da gerichtliches Einschreiten gegen weitere Mitglieder der deutschen Friedensdelegation von französischer Seite zu drohen scheint, hat von Heniel eine Note an Clemenceau gerichtet, in der er erklärt, daß sämtliche Personen, die zu seiner Begleitung gehören, Mitglieder der deutschen Friedensdelegation sind, die sich auf ausdrückliche Einladung der alliierten und assoziierten Regierungen und nach vorheriger namentlicher Benennung jedes einzelnen Teilnehmers nach Versailles begeben hat, daß daher nach allgemein anerkanntem Völkerecht die Exterritorialität sich auf sämtliche Teilnehmer erstreckt. Zudem ist daher erneut Einspruch gegen die Verhaftung des Herrn Schaefermann erhoben, bitte im gleichzeitigen um eine abschließende Erklärung, daß sämtliche hier anwesenden oder noch eintreffenden Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation die ihnen zustehenden exterritorialen Rechte, insbesondere freies Geleit, gesichert werde.

Oesterreichischer Friedensvertrag.

Paris, 27. Juni. Reuters. Der österreichische Vertrag ist fast vollständig fertig. Die übrigen Bedingungen werden nachgeholt.

Wilson's Werk.

Die Niederlage des bürgerlichen Idealismus.

Verfaßtes, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Humanität“ schreibt einen Rückblickartikel für Wilson, worin es heißt: Als Wilson auf französischem Boden landete, glaubten viele, daß er seine großen Ideen, die er verkündet hatte, trotz beträchtlicher Würde. Sie glaubten, daß der amerikanische Präsident den imperialistischen Bestrebungen das Weite der Gerechtigkeit und Ehre entgegenzusetzen würde. Die Enttäuschung ist vollkommen. Nach einigen Wochen des Kampfes, während denen er sich nur auf die sozialistische Meinung stützen konnte, hat Präsident Wilson nachgegeben. Von seinem einstigen Programm ist nichts verwirklicht worden. Einige setzen Zweifel in den guten Willen Wilsons. Wir glauben nicht, daß diese Angaben berechtigt sind. Wir glauben, daß der Präsident Wilson erstrebt sein Ziel erreicht hat. Aber seine Niederlage ist die Niederlage des bürgerlichen Idealismus, der sehr oft einst gemeint ist, aber immer noch nicht erreicht wird. Alle Menschen wissen, daß nur der Sozialismus die Weltordnung und die Brüderlichkeit einführen können.

Eine Erklärung Gröners. Die „Neue Zeitung“ vom 28. Juni veröffentlichte in einer Notiz „Ein Offiziersstreik bedrohend“ die Mitteilung: „General Gröner erklärte unsere Mitarbeiter, daß eine passive Resistenz der Offiziere nicht allzu gefährlich werden würde, da man im Notfall Offiziere und Feldwebel in führende Stellen bringen und die Offiziere entlassen könnte.“ — General Gröner erklärt hierzu: Die Erklärung ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Ich habe mit einem Mitarbeiter der „Neuen Zeitung“ überhaupt nicht gesprochen und eine derartige, unjüngliche Äußerung niemals getan.

Der Vorkonvent der Preussischen Landesversammlung hat sich heute abends mit der Geschäftsfrage des Hauses beschäftigt. Es wurde weiter über den in der gestrigen Sitzung vom Präsidenten bereits mitgeteilten Plan verhandelt, wie man die Staatsberatungen möglichst abkürzen könne. Man einigte sich dahin, daß im allgemeinen auch bei den wichtigen großen Staats- oder jeder Partei höchstens zwei Garnituren von Rednern vorgesehen werden sollten.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse beschloß die Woche in fester Haltung, wobei in erster Linie auf das Abflauen der Streikbewegung unter den Eisenbahnern bemerkt wurde. Am Vordergrunde des Interesses standen Kalkpapiere auf Westfalen, wonach England mit einem Abschluß für 30 Millionen Mark Kalk grüßte habe. Auch Nordmerse waren wieder begehrt und stieg und schwankte bis 8 Proz. höher. Gute Meinung bestand jedoch für Montanpapiere, Schiffahrt, Aktien und Petroleumwerte. Die sogenannten Kalkpapiere waren ungeschädigt behauptet. Höher bewertet wurden jedoch heimische Anleihen. Kriegausleihen stellten sich auf 7 1/2 Proz.

Die große Vermögensabgabe.

Das Reichsfinanzministerium arbeitet bis jetzt beschleunigt an der großen Vermögensabgabe. Der Reichsfinanzminister Erzberger setzt alles daran, um den Geschehnissen möglichst noch im Juli der Nationalversammlung vorzulegen, damit er noch vor Beginn der Ferien verabschiedet werden kann. Man ist bestrebt, durch die Vermögensabgabe einen Ertrag von 70 bis 90 Milliarden Mark einzubringen. Ueber die Höhe der Einnahmen liegen noch keine näheren Angaben vor, da der Entwurf erst im Stadium der Beratungen ist, doch werden sie sicherlich sehr hoch sein, wenn die fraglichen Summen beigetragen werden sollen. Laut „Berliner Vorlesung“ sollen die Zahlungsrufen möglichst entzogen werden gehalten werden, wobei allerdings dem Reich der gekündete Abgabebetrag verzinst werden muß. Außerdem dürfte die bereits beschlossene Umsatzsteuer im weitesten Sinne ausgebaut und sehr erheblich erhöht werden.

Gegen die Verstaatlichung der englischen Kohlenruben.

Berlin, 29. Juni. (Z. N.) In einer einschneidenden Erklärung nimmt, einer Londoner Drahtung zufolge, die englische Kommission für die Kohlenindustrie Stellung gegen die Verstaatlichung der Kohlenruben. Der Bericht der Kommission wird den Mitgliedern des Parlaments zur Gutheißung unterbreitet und demnächst dem Ministerpräsidenten und Lord Law übersandt werden.

